

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

81 (7.4.1951)

ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.20 DM. zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.40, im Verlag abgeholt 2.10 DM.

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpt. — (Preisliste Nr. 1.)
Abbestellungen können nur bis 23 auf den Monatsersten angenommen werden.

8./52. Jahrgang

Samstag, den 7. April 1951

Nr. 81

Der Papst für Weltregierung

Kongress der „Weltbewegung“ in Rom
Vatikanstadt (UP). Papst Pius XII. befrwortete eine Weltregierung, „um das Welttrüben zu beenden, das seit vielen Jahrzehnten die Staaten ruiniert und sie sinnlos erschöpft“. Der Papst gab diese Erklärung vor 25 Führern der Weltbewegung zur Errichtung einer Welt-Bundesregierung, die in Rom ihren 4. Kongress abhält. „Ihre Bewegung“, sagte der hl. Vater, „sucht eine wirksame politische Weltorganisation zu erreichen. Nichts liegt der Kirche näher am Herzen, als eine „organische Weltregierung“. Die vom Papst empfangenen Delegierten vertreten die USA, Großbritannien, Frankreich, Japan, Westdeutschland, die Niederlande und die skandinavischen Länder.

Saarregierung lehnt entrüstet ab

Aufschlußliche Erklärungen im Saarlandtag
Saarbrücken (UP). Ministerpräsident Hoffmann und Landtagspräsident Zimmer haben im saarländischen Landtag grundsätzliche Erklärungen ab, die zweimal im Rundfunk übertragen wurden und außerdem der Bevölkerung in einer Broschüre zugänglich gemacht werden sollen.

Der Landtagspräsident wandte sich vor allem gegen den Gedanken einer Volksabstimmung an der Saar, wobei er sagte: „Die Politik des Saarlandes beruht auf der Voraussetzung, daß die Sonderregelung an der Saar als Wiedergutmachung und Sicherheitsleistung an Frankreich sowie als Vorbedingung einer Bereitschaft Frankreichs zur Versöhnung und europäischen Zusammenarbeit mit Deutschland von Frankreich unabdingbar gefordert, von seinen Alliierten anerkannt und in einem kommenden Friedensvertrag oder einer kommenden Friedensregelung endgültig statuiert wird. Und so wie das Saarland heute zu der vorläufigen Sonderregelung steht, so wird es immer loyal und aufrichtig zu dieser Regelung stehen, wenn sie durch eine endgültige Entscheidung ihre völkerrechtliche Bestätigung finden wird.“

Ministerpräsident Hoffmann meinte, daß der Kampf um die Saar in die Vorrangstellung einer überlebten Zeit gehöre. Er forderte Wahrheit und Gerechtigkeit in der Beurteilung des Saarlandes und sagte schließlich wörtlich: „Die Saar ist ein Versuch und eine Versuchung zugleich. Damit aber auch ein Prüfstein des ehrlichen Willens zur Neugestaltung der alten Welt. Deshalb darf an der Saar nichts geschehen, was einer dauerhaften Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich abträglich sein kann.“

„Briketts“ aus Abfällen

Erfinder will Kohlenkrise überwinden
Aachen (UP). Der 43 Jahre alte Franz Herren aus Aachen, Inhaber von 16 Patenten, hat einen neuen Brennstoff entwickelt, der unabhängig von Kohlen ist und einen sehr hohen Heizwert und eine lange Brenndauer haben soll. Der neue Brennstoff ähnelt in seiner Form dem Brikett und nennt sich „Wabbe“ (Wabenblock). „Wabbe“ wird aus Fetten von Kliranlagen oder aus Schlachthofabfällen hergestellt und mit Kohlenstaub, Sägespänen oder anderen Füllmitteln verarbeitet. Er soll keine Flugasche und keine Schlacken hinterlassen. Bei einer fachwissenschaftlichen Prüfung sollen Heizwerte bis zu 673 Kilokalorien festgestellt worden sein, also Werte, die höher als beim normalen Braunkohlebrikett liegen. Der Heizwert soll sich mit entsprechenden Füllmitteln bis auf 6000 Kilokalorien steigern lassen.

Ägypten appelliert an den Westen

Maßnahmen gegen Israels „Aggression“ gefordert
Kairo (UP). Die ägyptische Regierung hat die USA, Großbritannien und Frankreich gefragt, welche Maßnahmen sie gegen die israelische „Aggression“ gegen Syrien treffen werden. Ministerpräsident Mustafa el Nahas Pascha teilte mit, daß die Sicherheit des Mittleren Ostens durch die „israelische Aggression“ bedroht sei und daß die ägyptische Regierung die drei Westmächte um die Bekanntheit der Gegenmaßnahmen ersucht habe, da sie sich jederzeit für die Sicherheit im Mittleren Osten verbürgt hätten. Nahas Pascha hat ferner den ägyptischen Delegierten bei den UN angewiesen, alles zu tun, um die Wiederherstellung der Ordnung an der israelisch-ägyptischen Grenze zu erreichen.

Israelische Truppen sprengen am Freitag verschiedene Häuser im entmilitarisierten Gebiet zwischen Israel und Syrien. Sie stießen dabei auf keinen Widerstand der Syrier, die sich anscheinend auf der anderen Seite der schmalen entmilitarisierten Zone eingegraben haben. Im allgemeinen soll an der Grenze zwischen Israel und Syrien Ruhe herrschen, aber syrische Aufklärungsflugzeuge sollen wiederum israelisches Gebiet überfliegen haben. Der für die Staaten des Mittleren Ostens zuständige amerikanische Unterstaatssekretär George McGhee empfing nacheinander die Vertreter Syriens und Israels, um über Beilegung der Grenzzwischenfälle zwischen Syrien und Israel zu verhandeln. In Kreisen des Außenministeriums wurde erklärt, daß die Streitigkeiten durch Vermittlung der gemischten Waffenstillstandskommission beigelegt werden könnten.

Erhard verzichtet auf Rabattsystem

Schäffer setzte sich durch — Bonn im Sterlingblock

Bonn (UP). Bundeswirtschaftsminister Erhard gab in einer Pressekonferenz bekannt, daß die Bundesregierung den Beitritt zum Sterlingblock beschlossen habe. Erhard kündigte ferner an, er werde seinen „Aufbauplan“ fallen lassen, wenn es bei den für Sonntag vorgesehenen Besprechungen mit der Industrie zu einer freien Vereinbarung über die Beschaffung und die Verwendung von Investitionsmitteln komme.

In einem „Schwanengesang“ auf sein Rabatt-Sparsystem versicherte der Wirtschaftsminister, er wolle das deutsche Volk so weit wie möglich entlasten. Zudem hätten sich die Voraussetzungen geändert, die seinerzeit zu dem Vorschlag für das Aufbauprogramm führten. Durch eine Reihe von Kohlenprogrammen soll der „Engpaß Kohle“ aufgebrochen werden, kündigte der Bundeswirtschaftsminister im weiteren Verlauf der Pressebesprechung an. Ein stufenweises Investitionsprogramm soll die Verwendung des Kapitals am rechten Ort und zum rechten Zweck lenken. Die erste Sorge der Bundesregierung gelte der Kohle. Feste Investitionspläne seien auch für Eisen, Stahl, die Grundchemie und andere bedrängte Industrien vorgesehen. Das Investitionskapital dürfe aber auf keinen Fall über den Fiskus bereitgestellt werden.

Die Absicht Erhards, seinen Aufbauplan fallen zu lassen, bedeutet nach Auffassung von wirtschaftspolitischen Sachverständigen des Bundestages einen eindeutigen Sieg für den Bundesfinanzminister. Erhard selbst räumte vor der Presse ein, daß die Schäfferschen Sonderumsätze eines der Mittel zum Ausgleich des Haushaltsdefizits sei. Er bekenne sich im übrigen voll und ganz zur Notwendigkeit des Haushaltsausgleichs.

Der Rohstoff-Berater

„Ich bin das verkörperte notwendige Übel und habe alle Chancen, bald der unpopulärste Mann im Bundesgebiet zu sein. Erfreulicherweise bin ich aber kein Politiker.“ Mit diesen Worten stellte sich der neue Rohstoff-Berater der Bundesregierung, Direktor Otto Friedrich

der Bundespressekonferenz in Bonn vor. Er nannte die Bundesrepublik ein „Unternehmen mit ungenügenden Betriebsmitteln“. Daher sei sie auch auf großzügige Kredite angewiesen. Er betrachte es als seine Aufgabe, für eine Förderung der devisenbringenden Industrien z. B. Schiffbau, synthetisches Benzin und Buna, und die Steigerung der Exportwirtschaft einzutreten. Er sei zwar kein Wunderdoktor, aber er halte es für notwendig, einmal wegen des unnötigen Aufwandes und Luxus einer kleinen Schicht „mit der Faust auf den Tisch zu schlagen“. Friedrich trat außerdem für eine „außerordentlich starke Bundesstelle für den Warenverkehr“ ein.

Vorschlag für Luftwaffe

Die Bundesregierung hat den militärischen Sachverständigen der Hohen Kommission eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, wie sich deutsche Militärexperten die etwaige Aufstellung deutscher taktischer Luftwaffeneinheiten im Rahmen der westlichen Verteidigungsstreitkräfte vorstellen. Sie erfüllten damit einen Wunsch der Militärkommission der Alliierten.

Bei der Beratung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse beim Reichsvermögen, wonach das nach dem Zusammenbruch von den Ländern verwaltete Vermögen in die Verwaltung des Bundes übergehen soll, kam es im Bundesrat zu einer Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der Länder und dem Bundesfinanzminister. Der Bundesrat, der die Verwaltung des Vermögens bei den Ländern belassen will, beschloß einstimmig, den Vermittlungsausschuß anzurufen.

Bonn will in die Weltgesundheitsorganisation

Genf (UP). Die Deutsche Bundesrepublik und Spanien haben um Aufnahme in die Weltgesundheitsorganisation nachgesucht. Ihre Anträge werden zusammen mit dem Japans, das sich auch um die Mitgliedschaft beworben hat, beim Zusammentritt des vierten Weltgesundheitskongresses im Mai erörtert werden. Zur Zeit sind 76 Staaten in der Weltgesundheitsorganisation vertreten.

Schumacher kündigt schärfste Opposition an

Gegen Schumanplan und Mitbestimmungsgesetz
Saardebate verlangt

Bonn (UP). Der sozialdemokratische Oppositionsführer Dr. Kurt Schumacher wiederholte am Freitag mit allem Nachdruck, daß die SPD unannehmbar gegen den „anti-europäischen“ Schumanplan kämpfen werde, da dieser nicht der rechte Weg zu einem vereinigten Europa sei. „Er zielt darauf ab, das Verhältnis zwischen Siegern und Besiegten weiter aufrecht zu erhalten.“

Dem Bundeskanzler sagte Dr. Schumacher Schwierigkeiten bei der Ratifizierung des Schumanplans im Bundestag voraus, denn „der Kanzler hat noch keine sichere Mehrheit für diesen Plan im Parlament“. Gleichzeitig verkündete er erneut die sozialdemokratische Forderung nach einer Saardebate im Bundestag bevor der Kanzler nach Paris fährt. Diese Debatte war bisher für Dienstag der kommenden Woche vorgesehen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Bundestages werde auch dem Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Grundstoffindustrien bei der dritten Lesung ihre Zustimmung versagen, wenn die derzeitige Fassung nicht noch geändert wird, kündigte Dr. Schumacher im weiteren Verlauf seiner Ausführungen an. Bei der zweiten Lesung hatten die Sozialdemokraten der gegenwärtig vorliegenden Form mit Vorbehalten zugestimmt. Die Bedenken der SPD richten sich vor allem gegen die Wahl des sogenannten elften Mannes für den Aufsichtsrat.

Sich an die Westmächte wendend, meinte der Oppositionsführer, der Westen müsse sich entscheiden, „wie lange und in welcher Form die Besatzungspolitik aufrechterhalten werden soll, oder in welchem Ausmaß Deutschland in die Familie der freien Nationen zurückkehren kann. Mann kann aber nicht beides zugleich tun.“

Schumacher wiederholte zum Schluß seine Forderung nach Neuwahlen für den Bundestag. Den Vereinigten Staaten warf er vor, die Frage der deutschen Wiederbewaffnung zu früh und zu heftig vorgebracht zu haben.

Bundeskanzler Dr. Adenauer empfing am Freitagnachmittag den stellvertretenden Parteivorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, zu einer Aussprache über die sozialdemokratische Forderung nach einer Saardebate im Bundestag. In Kreisen der Regierungsparteien wird diese Forderung mit dem Hinweis abgelehnt, man könne den Bundeskanzler nicht mit einer vom Bundestag beschlossenen gebundenen Marschroute nach Paris schicken. Die Koalition wird wahrscheinlich alle geschäftsordnungsmäßig möglichen Schritte einleiten, um eine solche Debatte abzubringen.

Beamtengesetz nächste Woche
Der Bundestag billigte in zweiter Lesung das Gesetz über die Rechtsstellung der vertriebenen und verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes, der Berufssoldaten der früheren

Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des ehemaligen Reichsarbeitsdienstes. Die dritte Lesung und endgültige Verabschiedung findet in der nächsten Woche statt.

Nach dem Gesetz haben Anspruch auf Unterhalt: Beamte, Angestellte und Arbeiter, die am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienst standen, einschließlich der Beamten des ehemaligen „Protoktorats Böhmen und Mähren“ und der Beamten, die bei einer Dienststelle eines fremden Staates beschäftigt waren und wegen ihrer deutschen Staatszugehörigkeit vertrieben wurden, Wartestands- und Ruhestandsbeamte, für die am 8. Mai 1945 keine für die Zahlungen verpflichtete Kasse vorhanden war, die Berufssoldaten der ehemaligen deutschen Wehrmacht, die am 8. Mai Dienst versahen, oder vorher Versorgungsansprüche erworben hatten, die berufsmäßigen Angehörigen des ehemaligen Reichsarbeitsdienstes und die versorgungsberechtigten Hinterbliebenen dieser Gruppen.

Während bei der Wiederverwendung der betreffenden Personen und für die Gewährung von Unterhalten normalerweise nur zwei Beförderungen berücksichtigt werden sollen, nahm der Bundestag einen Antrag der Regierungskoalition an, wonach bei Berufssoldaten Beförderungen für besondere Tapferkeit auf jeden Fall zu berücksichtigen sind.

Besatzungskosten verlagt

Die FDP-Fraktion will den anderen Parteien im Bundestag vorschlagen, den Haushaltsposten „Besatzungskosten“ erst dann zu beraten, wenn die Parlamente der drei Besatzungsmächte die Höhe der vorgesehenen Ausgaben überprüft haben. Die Behandlung des Besatzungshaushalts im Plenum des Bundestages wurde auf Grund eines damit zusammenhängenden FDP-Antrages von der Tagesordnung abgesetzt.

Auf Beschluß des Bundestages wird die Bundesregierung ersucht, den „chaotischen Preisverhältnissen auf dem Zeitungspapiermarkt entgegenzuwirken und die ausreichende Versorgung der deutschen Tageszeitungen mit Papier sicherzustellen.“

Wegen seines beleidigenden Telegrammes an den bayerischen Innenminister Höger wurde die Immunität des Bundestagsabgeordneten der „Sozialistischen Reichspartei“, Dr. Fritz Doris, am Freitag vom Bundestag aufgehoben. Gegen Doris „ungeheuerliche Beleidigungen“ wande sich mit besonderer Heftigkeit der CDU/CSU-Abgeordnete Michael Horsther, indem er die Verdienste des amerikanischen Volkes um das Nachkriegsdeutschland würdigte und die Bezeichnung „amerikanisches Terrorregiment“ verleumderisch und gemein nannte. Mit warnender Stimme rief er: „Wir werden alles tun, um alle Quellen zu verstopfen, aus denen das braune Wasser erneut herausfließen könnte.“

Afrikanische Träume

Von Eduard Funk

Acht Jahre lang schlich der aus der Londoner Verbannung heimgekehrte „Löwe von Juda“ durch die Berge Abessinians, um zu sehen, wen er verschlingen könne. Aber zu seinem großen Kummer bot man ihm nur einen kleinen Bissen vom einstigen italienischen Kolonialreich. Dabei ist sein Landhunger durchaus verständlich. Wo er auch von den Felseninnen seiner Herrschaft in die Ferne blickt, stößt er auf Hindernisse, die ihm den lebenswichtigen Zugang zum Meer versperren. In Erythra und Somaliland saßen einst die Italiener. Den Ausgangspunkt seiner einzigen Eisenbahn in Djibouti blockierten die Franzosen und der übrige Teil des Somalilandes gehört den Engländern.

Der abessinische Außenminister Ato Allou gab sich in Lake Success bei den Vereinten Nationen, als die afrikanische Beute des letzten Krieges verteilt werden sollte, redliche Mühe, um die Ansprüche des Negus auf Erythra und Somaliland durchzusetzen. Aber ein Stückchen Afrika wollte man den Italienern doch belassen und so bekamen die Abessinier nur einen Teil der somalischen Wüste, die ohnehin keinen wirtschaftlichen Wert hat, indes die Flagge Roms nach wie vor über der Küste flattert. Den nordwestlichen Teil Erythras wollten die Briten dem Sudan zuschlagen, um auf diese Weise ihre Herrschaft am Roten Meer zu verbreitern. Damit blieb für den „König der Könige“ nur ein unfruchtbarer Küstenstreifen, in dem nomadisch-danakil ein dürftiges Leben fristen. Aber er bekam wenigstens auf der Landkarte einen Zugang zum Meer, auch wenn sich an dieser Stelle kein brauchbarer Hafen befindet.

Halle Selassie ist deshalb mit seinen Alliierten recht unzufrieden. Schließlich ist Abessinien doch eine „Siegermacht“. Vor allem aber wurmt es ihn, daß er bei den Amerikanern nicht mehr Verständnis fand, obgleich er sich für seine Außenpolitik einen amerikanischen Berater zulegte. Aber was weiß man schon in Washington vom fernen Äthiopien? Höchstens, daß es dort Öl gibt. Die Sinclair-Oil-Company hat darum bereits für 50 Jahre sämtliche Erdöl-Vorkommen in Abessinien gepachtet. Sie bringen dem knurrenden „Löwen“ eine erkleckliche Summe ein, die er in einen neu zu erbauenden Palast in Addis Abeba investieren will.

Es gäbe zwar noch nützlichere Verwendungsmöglichkeiten für die amerikanischen Dollars, denn in Abessinien liegt vieles im argen. Das Land ist buchstäblich mitten in der Zivilisation stecken geblieben. Das bedeutende Kolonisationswerk der Italiener verlottert rasch. Die Straßen sollten instandgehalten, die Brücken ausgebessert werden. In vielen Fabriken stehen die Maschinen still, weil sie niemand bedienen oder — falls sie defekt sind — reparieren kann. Addis Abeba hat zwar moderne Krankenhäuser, aber es fehlt an Ärzten und Medikamenten.

Viel notwendiger braucht jedoch anscheinend der Negus eine Armee. Seine Stammesfürsten haben nämlich immer noch die leidige Angewohnheit, von Zeit zu Zeit zu rebellieren. Zumal der „König der Könige“ ein schlechtes Gewissen hat, seit er seinen Vorgänger, den Negus Lidsch Jassu, absetzte und dessen Erben vor kurzem am Galgen sterben ließ. 40 000 Mann recht ordentlich ausgebildete Garde harrten seines Befehls: sie wurden von schwedischen Offizieren einexerziert, mit englischen Gewehren bewaffnet und mit italienischen Uniformen bekleidet. Auch einige britische Instrukteure sitzen in Addis Abeba. Aber Halle Selassie behandelt sie ziemlich kühl, seitdem er weiß, daß es in erster Linie die Engländer waren, die seine territorialen Forderungen beschnitten.

Umso freudiger griff daher die dunkelhäutige Majestät zu, als sich ihr eine andere Möglichkeit bot, doch noch zu politischen Lorbeeren zu gelangen. Zwar ist der Streit zwischen England und Ägypten um die Zukunft des Sudans noch lange nicht entschieden, aber trotzdem wälzt man heute schon in Kairo zukunftspläne. Vor allem will man die Wasserführung des Nils regulieren, um auch in den heißesten Monaten die Felder der Felischen beriebseln zu können und außerdem elektrischen Strom zu gewinnen, mit dem man eine Industrie aufbauen und Mittelägypten beleuchten möchte.

Über die Nilquellen herrscht jedoch Halle Selassie und so können die beiden Staudämme, die auf dem Reißbrett bereits fertig sind, nicht ohne seine Genehmigung gebaut werden. Der Negus ist aber grundsätzlich mit den ägyptischen Vorschlägen einverstanden: er winkte sogar bereits mit einem politischen Zaunpfahl: man könnte die günstige Gelegenheit, nachdem man schon einmal miteinander ins Gespräch gekommen ist, auch dazu be-

nutzen, sich einmal über andere Dinge, z. B. die Grenzgebiete des Sudans, den Handelsverkehr, die gemeinsamen Interessen — natürlich gegen England — unterhalten. König Faruk hat hiergegen nichts einzuwenden.

Neben die beiden Majestäten stellte sich schließlich noch ein Zivilist, der ebenfalls allerlei Projekte im Kopfe hat. Er heißt Malan und ist Ministerpräsident der Südafrikanischen Union, die mit dem Vorbild Indiens heubügelt, eine unabhängige Republik zu werden. Bekanntlich ist es zur Zeit aktuell, von Pakten zu reden. Nach dem Atlantikpakt ventiliert man die Idee eines Mittelmeerpakts, eines Pazifikpakts — warum nicht auch eines Afrikapakts? Sollte es zwischen den Westmächten und Rußland zu einem Krieg kommen, so argumentiert Malan, dann könnte vielleicht auch Afrika in den Konflikt gerissen werden, nachdem einige der Westmächte auf diesem Kontinent Kolonien, Protektorate und militärische Stützpunkte besitzen. Infolgedessen schlägt er vor, einen afrikanischen Sicherheitspakt zu schließen, bei dem die Union als stärkste Militärmacht den Ton an-gäbe.

Phantasievolle Perspektiven dümmern angesichts dieser Idee schon in den Köpfen afrikanischer Nationalisten, gleichgültig ob diese eine weiße, braune oder schwarze Haut haben. Man könnte Afrika emanzipieren, von Europa unabhängig machen, eine Art afrikanischer Monroe-Doktrin aufstellen, die gewaltigen Bodenschätze selbst ausbeuten, die Urwälder industrialisieren, man könnte einen reichen, blühenden und vom Streit der fremden Mächte isolierten Kontinent schaffen. Bei solchen Aussichten ist es nicht verwunderlich, daß der von Malan ausgestreute Samen in Kairo und Addis Abeba auf fruchtbaren Boden fiel.

Jugoslawien im Kreuzfeuer

Beschwerde über Rumänien — Angriffe aus Bulgarien

Belgrad (UP). Die jugoslawische Regierung beschuldigt Rumänien der Provokation von 61 Grenz Zwischenfällen innerhalb der vergangenen zehn Wochen. Eine entsprechende Note ist der rumänischen Gesandtschaft in Belgrad überreicht worden.

Ungarische Zeitungen beschäftigen sich immer noch mit dem Zusammenstoß, der sich am 31. März in Belgrad zwischen dem ungarischen Geschäftsträger Hrabec und der jugoslawischen Polizei zugetragen haben soll. Das kommunistische Organ „Szabad Nep“ erklärt: „Wenn die jugoslawische Regierung die Forderungen Ungarns nicht erfüllt, wird Ungarn selbst dafür sorgen, daß es Satisfaktion erhält.“

Nach einer Meldung des sowjetischen Rundfunks übermittelte Bulgarien der jugoslawischen Regierung eine Note, in der „scharf gegen den untragbaren jugoslawischen Polizeiterror, der sich gegen die bulgarische Botschaft richtet“, protestiert wird. „Für die möglichen Folgen dieser Provokation wird die jugoslawische Regierung die alleinige Verantwortung tragen“, heißt es darin. Bulgarien behauptet, daß seine Diplomaten in Belgrad ununterbrochen überwatcht werden.

Das rumänische Ministerium für Forsten, Holzindustrie und Papier, das von Constantin Prisnea geleitet wird, wurde geteilt. Das Ministerium für Forsten übernahm Stefan Pawel.

94,6 Mill. DM für Wohnungsbau in Bayern. Der bayerische Landtag stimmte einem Antrag der Regierung zu, im Vorgriff 94,6 Millionen DM für die sofortige Aufnahme der Bautätigkeit im sozialen Wohnungsbau bereitzustellen.

Vier Weiße erschossen einen Neger, der auf einer Farm in Wintergalden (Florida, USA) arbeitete. Vorher hatten sie ihn ausgepeitscht.

USA schicken Jagdbomber nach Europa

Zwei Geschwader für Frankreich — Mobilisierungsausschuß gebildet

Washington (UP). Zwei weitere amerikanische Jagdbomber-Geschwader werden nach Europa entsandt und außerdem der Hauptteil der amerikanischen Atlantikflotte zur Verfügung General Eisenhowers gestellt.

Mit den beiden neuen Geschwadern werden die westeuropäischen Verteidigungstreitkräfte insgesamt über vier amerikanische Flugzeuggeschwader verfügen; zwei Geschwader von Düsenjägern vom Typ F-84 mit je 75 Flugzeugen sind bereits in Westdeutschland. Die beiden neuen für Europa bestimmten Geschwader werden vielleicht in Frankreich stationiert werden.

Nach dem ursprünglichen Boykott des amerikanischen Verteidigungs-Mobilisierungsprogramms durch die Gewerkschaften konnte Präsident Truman am Freitag die erfolgreiche Bildung eines beratenden Ausschusses für dieses Programm bekanntgeben. In diesem Ausschuß sind neben Vertretern der Industrie, der Landwirtschaft und der Konsumenten maßgebende Funktionäre der großen Gewerkschaften vertreten.

Todesurteil für Collazo

Der puerto-ricanische Nationalist Oscar Collazo wurde zum Tode auf dem elektrischen Stuhl verurteilt. Die Vollstreckung wird am 26. Oktober erfolgen. Collazo erklärte nach der Urteilsverkündung: „Ich bin nicht hergekommen, um für mein Leben zu betteln. Ich bin hergekommen, um für die Sache der Freiheit einzutreten. Ihr werdet niemals die Ideale töten können, für die ich kämpfe.“ Der Verteidiger Collazos beabsichtigt, gegen das Urteil Berufung einzulegen.

Wegen Diebstahls amerikanischer Atombomben-Geheimnisse wurde der 29 Jahre alte

ehemalige Armeesergeant David Greenglass zu einer Gefängnisstrafe von 15 Jahren verurteilt.

Debatte um Abrüstung

Pariser Konferenz dreht sich im Kreise

Paris (UP). Die Freitagssitzung der Außenminister-Stellvertreter erbrachte wiederum keine weitere Annäherung. Der Sowjetdelegierte Gromyko beschuldigte die Westmächte in längeren Ausführungen, daß sie keine wirkliche Abrüstung wünschen und jede Entscheidung darüber für viele Jahre aufschieben wollen. Die Delegierten der Westmächte bestanden darauf, daß das gesamte europäische Rüstungsproblem erörtert werden müsse, bevor man über Abrüstung sprechen könne. Gromyko trat ebenso entschieden für eine Abrüstung der vier Großmächte ein, um dadurch die Lage in Europa zu entspannen.

Blücher vor der OEEC

Vizekanzler Franz Blücher forderte auf der Eröffnungssitzung der Tagung des Ministerrates der Marshallplanländer eine „mehrseltige“ Lösung des Problems des westdeutschen Handelsdefizits. Ein solches Verfahren sei zweckmäßiger als ein Übereinkommen zwischen allen beteiligten 18 Ländern, was nur zu „schrecklichem Aushandeln“ führen würde.

Die Bundesrepublik hat im März, nach Mitteilung Blüchers, trotz gegenteiliger Voraussagen, kein Handelsdefizit gehabt, sondern tatsächlich einen Überschuß von „verschiedenen Millionen Dollar“. Der Vizekanzler gab allerdings zu, daß dieser Überschuß die Folge von „technischen“ Verfahren in der Buchführung und der Importbeschränkungen seien.

UN-Truppen graben sich ein

Überall verstärkter Widerstand — Freie Hand für McArthur verlangt

Tokio (UP). Gutsausgebaute Grabenstellungen, verstärkt durch acht große Bunker, brachten den Vormarsch der UN-Truppen im westlichen Abschnitt der gebirgigen Mittelfront zum Stillstand.

Mehrere Angriffe auf die gegnerischen Stellungen brachen in dem zusammengefaßten Abwehrfeuer von schwerer Artillerie, Granatwerfern und Maschinengewehren zusammen. Die angreifenden Verbände mußten sich schließlich auf ihre Ausgangsstellungen zurückziehen und eingraben.

An dem anderen Abschnitt war der Widerstand teilweise schwächer, abgesehen von verschiedenen stark verteidigten Widerstandsnestern. Unter Umgehung dieser Kampfstellungen konnten die vordringenden Amerikaner ihre Tagesziele erreichen, wo sie sich ebenfalls eingraben. Mit Panzerunterstützung vorgehende britische und amerikanische Spähtruppen fanden die kommunistischen Stellungen in dem von der Stadt Chrowon nach Norden führenden Tal verlassen vor. Die Spähtruppen drangen bis auf 22 Kilometer nördlich des 38. Breitengrades vor.

Das Oberkommando der amerikanischen Luftstreitkräfte bestätigte, daß in der Mandchuren betrieblische kommunistische Luftstreitkräfte zusammengezogen werden. Generalleutnant Tschang Ju-Ting, Sprecher des nationalchinesischen Verteidigungsministeriums, teilte einem UP-Korrespondenten mit, daß die Sowjetunion zur Zeit Truppen und viele Flugzeuge in die Mandchuren schicke. Es sei aber nicht zu erwarten, sagte der General, daß die sowjetischen Truppen in die Kämpfe in Korea eingreifen werden. Sie seien wahrscheinlich dazu bestimmt, die UN-Truppen aufzuhalten, wenn diese den Yalu-Fluß überschreiten sollten.

Die Abgeordneten des amerikanischen Repräsentantenhauses Armstrong und Dorn forderten während eines Aufenthaltes in Tokio eine Aufhebung der Beschränkungen, durch die verhindert werde, den „chinesischen Krieg auf das kommunistische Heimatland“ auszuweiten. General MacArthur sollten Vollmachten gegeben werden, um nach eigenem Ermessen alle Maßnahmen durchzuführen, die zu einer Vernichtung der Roten beitragen könnten.

Ein Sprecher des Weißen Hauses erklärte, daß in der Ablehnung der Verwendung nationalchinesischer Truppen zur schnelleren Beendigung des Krieges in Korea keine Änderung eingetreten sei. Er wandte sich damit indirekt gegen einen diesbezüglichen Vorschlag General MacArthurs. Schon früher hatte die amerikanische Regierung ein Angebot Tschiangkai-sheks, 33 000 Mann nationalchinesischer Truppen für den Krieg in Korea zur Verfügung zu stellen, abgelehnt.

Neue Hinrichtungen in China

Hongkong (UP). Die Hinrichtung einer großen Gruppe von Spezialagenten der Gegenrevolution in Tschungking wurde von der offiziellen chinesischen kommunistischen Nachrichtenagentur bekanntgegeben. Eine gleichzeitige aus Kanton einlaufende Meldung berichtet, daß auch dort 19 Personen hingerichtet worden sind.

Zwei amerikanische Priester und drei Nonnen wurden von den chinesischen Kommunisten verhaftet. Sie arbeiteten in Waisenhäusern für chinesische Kinder. Gegen sie wird, genau wie gegen die fünf kanadischen Nonnen, die vor kurzem verhaftet wurden, die Beschuldigung erhoben, den Tod von chinesischen Kindern verursacht zu haben.

„Mißtrauensantrag“ gegen MacArthur

Konservative gewinnen Nachwahl

London (UP). Der Labour-Abgeordnete Nally brachte im Unterhaus einen „Mißtrauensantrag“ gegen General MacArthur ein. Es ist fast sicher, daß der „Mißtrauensantrag“ vom Hause gar nicht zur Debatte angenommen oder mit überwältigender Mehrheit abgelehnt werden wird. Er ist aber kennzeichnend für die Stimmung zahlreicher Mitglieder des linken Flügels der Labour-Fraktion.

Eine Nachwahl für das Unterhaus im britischen Wahlkreis Ormskirk gewann der konservative Kandidat Sir Arthur Selser mit 24 190 Stimmen; der Labour-Kandidat Oberleutnant H. A. Kelly erhielt 8 969 Stimmen, und für den Kandidaten der Unabhängigen Labour Party, Fred Barton, wurden 866 Stimmen abgezogen.

VOM TAGE

Aus Landsberg entlassen wurde der 52-jährige Deutsche Kurt Stelzner, der acht Jahre Haft erhalten hatte, weil er im Konzentrationslager Flossenburg Häftlinge mißhandelt haben soll.

Zwei neue Briefmarken wird die Westberliner Post zum 1. Mai herausbringen; auf den Marken ist die im Schöneberger Rathaus hängende „Freiheitsglocke“ abgebildet.

Peron verließ Prinz Bernhard das Großkreuz des argentinischen Verdienstordens. Prinz Bernhard hatte vorher Eva Peron den Großorden von Oranien-Nassau verliehen.

Die polnische Bevölkerung umfaßt zur Zeit 11 912 514 Männer und 13 064 412 Frauen.

Im slowakischen Hochverratsprozeß in Levoča sind sieben Personen zu Zuchthausstrafen zwischen zehn und 25 Jahren verurteilt worden.

Der französische Staatspräsident Auriol traf in Ottawa ein. Er versicherte vor beiden Häusern des kanadischen Parlaments, daß Frankreich für die „gemeinsame Verteidigung und den gemeinsamen Wohlstand kämpfen“ werde.

Eiwa 40 deutsche Kriegsverbrecher, die sich noch in norwegischem Gewahrsam befinden, sollen in Kürze entlassen und nach Deutschland gebracht werden.

Der amtierende chilenische Außenminister Oldini erklärte, Chile werde den britischen Protest gegen die Errichtung eines neuen chilenischen Stützpunktes in der Antarktis mit großer Wahrscheinlichkeit zurückweisen, „weil sich die drei bisher von Chile errichteten Antarktis-Stützpunkte auf chilenischem Hoheitsgebiet befinden“.

Der ungarische Geschäftsträger in Belgrad wurde zurückgerufen, da Beamte der jugoslawischen Sicherheitspolizei ihn geschlagen haben sollen.

Todesurteil und Gefängnisstrafen. Die slowakische Zeitung „Pravda“ berichtet, daß ein gewisser Palkovic als „Agent des amerikanischen CIC wegen Spionage“ zum Tode verurteilt wurde. Zwei Mitangeklagte erhielten lebenslängliche Gefängnisstrafe und vier weitere Personen Zuchthausstrafen von 18 bis 24 Jahren.

Der öffentliche Verkehr in Helsinki wurde durch einen von Kommunisten angestifteten wilden Streik teilweise lahmgelegt. Die Gewerkschaft Behörden und öffentliche Dienste hatte ursprünglich den Streik zur Erzielung höherer Löhne beschlossen, ihre Streikränder aber nach erneuten Verhandlungen mit der Stadtverwaltung widerrufen.

Hochzeit mit einer Toten

Bei der Prüfung seiner Heiratsurkunde mußte dieser Tage ein Spanier feststellen, daß er durch einen Fehler der Behörde in Wirklichkeit gar nicht mit seiner Frau, sondern mit der Schwester seiner Frau verheiratet ist, die bereits vor fünf Jahren starb. Er und seine Gattin müssen daher noch einmal heiraten, um als rechtmäßige Eheleute zu gelten.



(Urheberrechtsschutz Hermann Berger, Wiesbaden)

51. Fortsetzung Nachdruck verboten

„Nun, mein Lieber“, sagte Lütgens, „wollen Sie vielleicht jetzt noch leugnen, daß Sie nach Hamburg führen, um Carlos Kreuth zu erschießen?“

„Ich habe ihn nicht erschossen.“

„Es ist aber seine Notentasche. Er schrieb an einer Oper „La Locandiera“. Da haben Sie die Partitur.“

Kastenreuth antwortete nicht, er starrte nur auf den Teppich.

„Sehr unvorsichtig von Ihnen, die Tasche nicht fortzuwerfen“, begann Lütgens von neuem, „merkwürdig, wie sicher Sie sich fühlen.“

Das Telefon auf dem Schreibtisch summte.

Lütgens nahm den Hörer und meldete sich. Deutlich vernahm man eine tiefe Männerstimme im Apparat. Als sie schwieg sagte Lütgens: „Ich danke Ihnen“ und legte wieder auf.

„Der Ring ist geschlossen“, fuhr er fort, „wir haben auch jetzt den Chauffeur, der Sie nach Berlin zurückbrachte. Heute morgen, gleich nach vier Uhr, nahmen Sie den Wagen, und zwar am Altonaer Hauptbahnhof... Und nun möchte ich mir die Tasche etwas genauer ansehen. Sie hat ein Gewicht, das ihr nicht zukommt.“

Er nahm alle Noten heraus und betrachtete die große Tasche von innen.

„Aha“, sagte er, „da haben wir’s!“

Unten am Boden, seitlich der ledernen Fläche angeheftet, befand sich eine gesonderte mit Riemen verschürzte Mappe, die wie ein Kasten wirkte.

Er öffnete den Riemen und zog etwas Blankes, Funkelndes hervor.

Es war die Westotenkron.

Conchita hatte sich erhoben. Nun schrie sie auf.

In diesem Augenblick griff Kastenreuth in seine Rocktasche. Mit einem Satz war Lütgens vor ihm und entriß ihm einen kleinen Revolver.

„So“, sagte er, „jetzt haben wir auch die Waffe, mit der Sie Kreuth erschossen.“

Er öffnete die Tür. Mit raschen Schritten traten zwei große, kräftige Männer ein.

29.

Die Lampe warf einen gelben Schein auf den Schreibtisch. Bert arbeitete, es war neun Uhr abends. Die Fenster standen weit offen. Er versah einen Geschäftsbrief mit Randbemerkungen. Nach einer Weile richtete er sich auf und lauschte. Drüben in ihrem Zimmer spielte Nell eine Mozart-Sonate. Wie zart und innig das Klang! Er nahm die kleine Vase mit den roten Rosen in die Hand, die auf dem Tisch stand, und atmete den Duft. Alles, was schön und gut war in seinem Leben, kam von Nell...

Aber es gelang ihm dennoch nicht, eine leise Unruhe zu unterdrücken. Warum erschien Lütgens noch immer nicht? Am Nachmittag hatte er sich telefonisch für acht Uhr angesagt: „Es steht gut, mein Junge, du wirst es hören.“

Jörn trat ins Zimmer. Er kam vom Balkon und hatte ein Buch in der Hand. Er blieb neben dem Bruder stehen und Bert sah zu ihm hoch.

„Die Sache geht schief“, sagte Jörn, und ein fremder, fast schwermütiger Ausdruck lag über seinen Zügen. „Lütgens ist bestimmt tüchtig, aber an den Fall Körding kommt er nicht heran. Wir müssen uns

darauf gefaßt machen. Ich gehe jetzt zu Nell hinüber, kommst du mit?“

Nell ließ sich nicht stören, als die beiden eintraten, sie spielte ruhig weiter. Auf dem Flügel brannten Kerzen, der übrige Raum lag im Dunkel. Sie setzten sich auf das Sofa. Jörn zündete sich eine Zigarette an.

Eine halbe Stunde später meldete Tirsch Kommissar Lütgens' Ankunft. Sie empfingen ihn im roten Salon. Er war frisch und heiter, lächelnd zeigte er auf die beiden leeren Bilderrahmen: „Den Goyen und den Cuyp haben wir auch.“

„Und sonst noch etwas?“ fragte Jörn.

„Alles, was Sie wünschen“, antwortete Lütgens.

Sie setzten sich. Tirsch brachte Wein. Als er wieder draußen war, begann Lütgens mit seinem Bericht:

„Bert, ich sagte dir schon am Telefon, daß ich Kastenreuth verhaftet habe. Und nun sollst du wissen, warum ich mich dazu entschloß.“

„Wie bist du ausgerechnet auf Kastenreuth verfallen?“

„Als Kriminalist muß man vor allen Dingen Instinkt haben, Witterung... und natürlich auch etwas Glück. Zunächst war es nur die Ähnlichkeit der beiden Namen, die mich stutzig machte: Kreuth — Kastenreuth. Und dann hastest du mir ja von deinen Berliner Erlebnissen erzählt. Ich wußte, daß die Lorena behauptete, Kastenreuth habe die heimliche Untersuchung gegen deinen Bruder und deine Frau geführt. Dieser Umstand erschien mir außerordentlich merkwürdig, und plötzlich war der Verdacht da. Es ist dir bekannt, daß ich heute morgen mit Berlin telefonierte. Meine Kollegen dort drüben arbeiteten prompt. Schon in wenigen Stunden meldete man mir folgendes:

Kastenreuth hatte die Nacht über nicht im Hotel geschlafen, sondern war erst am Morgen aufgetaucht. Du kannst dir vorstellen, wie diese Sache auf mich wirkte.

Es war so, als hätte ich ein Glas Sekt getrunken. Gleich darauf kamen neue Meldungen aus Berlin: man hatte einen Taxichauffeur aufgestöbert, der bekundete, daß er einen Fahrgast gestern abend nach Hamburg gebracht hatte. Und die Beschreibung paßte genau auf den Impresario. Mein Glück bestand nur darin, daß Frau Lorena schon heute morgen nach Hamburg kam und daß Kastenreuth und Jul sie begleiteten. — Ich fuhr sofort zu ihnen ins Hotel und begann mit den Vernehmungen. Jul kam als erster an die Reihe. Ich legte ihm die Photos von Kreuth vor — und er erkannte Ribara: ich sagte es dir schon am Telefon. Es war für mich keine Überraschung mehr, ich hatte es erwartet. Dann vernahm ich Frau Lorena.

Als sie hörte, daß Kreuth mit Ribara identisch sei, war sie entsetzt. Ich erkannte deutlich, daß sie wirklich erschüttert war, sie spielte mir nichts vor.“

„Du bist also davon überzeugt, daß sie schuldlos ist?“ fragte Bert.

„Ich war es von Anfang an und habe es dir auch nicht verhehlt. Aber laß mich weiter erzählen. Mit Kastenreuth habe ich ziemlich kurzen Prozeß gemacht. Seine Verteidigung war schwach. Sein Fortbleiben in der Nacht konnte er nicht erklären. Ich fühlte sofort, daß ich hier bereits am Ziel war. Ich ließ sein Zimmer untersuchen. Das Resultat war überwältigend: wir fanden die beiden Bilder und die Notentasche Kreuths mit der Locandiera-Partitur.“

„Und die Krone?“ fragte Neil.

Fortsetzung folgt

Umschau in Karlsruhe

Karlsruhe. Der Zirkus Grock hat sein Gastspiel in Karlsruhe wegen des großen Erfolges bis zum 15. April verlängert.

Karlsruhe. In Karlsruhe ist nachts ein amerikanischer Soldat von einem Unbekannten mit einem Holzknüppel niedergeschlagen worden.

Karlsruher Kunstforum. Unter dem Titel 'Karlsruher Kunstforum' erscheint im Badendruck eine neue Zeitschrift, die über das kulturelle Leben der Stadt Karlsruhe berichtet.

Nacht an der Newa. Staatsintendant Wolf hat für das Badische Staatstheater das Drama des Württemberg-Baden lebenden Dichters Dr. Josef Novak 'Nacht an der Newa' zur alleinigen Uraufführung in der nächsten Spielzeit angenommen.

Dr. Schelb übernimmt Landgericht Karlsruhe. Karlsruhe (Iwb). Der frühere Präsident des Landgerichts Karlsruhe, Dr. Schelb, wird auf eigenen Wunsch in Kürze diesen Posten wieder übernehmen.

Zehn neue Bundesrichter genehmigt. Karlsruhe (Iid). Die vor einiger Zeit vom Präsidenten des Bundesgerichtshofes beantragte Besetzung von zehn zusätzlichen Richterstellen beim Bundesgericht ist vom Bundesfinanzminister mit sofortiger Wirkung genehmigt worden.

Volkswohnung GmbH in Karlsruhe. Karlsruhe (Iwb). Zu einer 'Volkswohnung GmbH.' haben sich die drei städtischen gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften in Karlsruhe, 'Volkswohnung GmbH.', 'Die Neubürgerriedung GmbH.' und die 'Wohnungsgesellschaft Ettlinger Tor GmbH.', zusammengeschlossen.

Eid gegen Eid - der 'bessere' gilt. Karlsruhe (Iwb). Das amerikanische Magistratsgericht in Karlsruhe verurteilte einen Deutschen wegen unbefugten Betretens einer Sperrzone zu sechs Monaten Gefängnis.

Im Badischen Kunstverein Karlsruhe wird am Sonntag, den 8. April 1951, vormittags 11 Uhr eine Ausstellung von Werken der Malerin Gabriele Münter eröffnet.

Zus der badischen Heimat

Schwarzwald-Fremdenverkehr wirt. Pforzheim (swk). Vertreter der Schwarzwald-Hotellerie und der Arbeitsgemeinschaft Fremdenverkehr des badisch-württembergischen Schwarzwaldes fanden sich in Wildbad zur Hauptversammlung zusammen.

41 Maschinen gehen an die CSR. Die Restitutions der französischen Zone. Freiburg i.Br. (Iid). 41 Maschinen und zehn Kraftfahrzeuge aus den drei Ländern des französischen Besatzungsgebietes werden an die Tschechoslowakei zurückgegeben.

Keine Nachfrage nach neuen Parteien. Heidelberg (Iwb). In Neckargemünd bei Heidelberg sollte eine Heidelberger Orts-

gruppe der 'Freien Sozialen Union', Sitz Hamburg, gegründet werden. Der 23 Jahre alte Student Raith aus Heidelberg-Wieblingen war mit der Gründung der Heidelberger Ortsgruppe der FSU beauftragt worden.

Wegen fortgesetzter Kuppelerei verurteilt. Mannheim (Iwb). Zwei Inhaber eines bekannten Mannheimer Hotels sind vom Landgericht Mannheim wegen fortgesetzter Kuppelerei verurteilt worden.

Nach wie vor Meldepflicht bei Fehlgeburten. Weinheim (Iwb). Der Vorsitzende des Weinheimer Ärztevereins, Dr. Hälsen, sagte nach einer Mitteilung der nordbadischen Ärztekammer bestünde die Meldepflicht für Fehlgeburten nach wie vor.

Handelskammern von sieben Ländern fordern Bodensee-Schifffahrt. Von den Industrie- und Handelskammern von Deutschland, Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Österreich und der Schweiz wird die Inangriffnahme dieses Riesensprojektes gefordert.

Technik und Finanzierung. Technisch ist das Gesamt-Projekt bereits vollkommen durchgearbeitet. Es zielt bei rund 160 km Kanalstrecke insgesamt zwölf Wasserkraftwerke mit zusammen vier Milliarden Kilowatt Jahresleistung und eine ganze Reihe von Schleusen zwischen Basel und Konstanz vor.

Der Zug zum 'Vater Rhein'. Die Handelskammer des Kantons Thurgau befaßte sich mit den Einwänden der schweizerischen Bundesbahnen gegen das Projekt und erklärte, die Kanalisierung des Hochrheins sei das beste Mittel für eine allgemeine wirtschaftliche Entfaltung der drei Bodensee-Anliegerstaaten.

Freiburg (Iid). Die Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände Würt.-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden des Verbandes der Körperbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen (VdK) hat auf einer Sitzung in Tübingen verschiedene Entschlüsse gefaßt.

Um die Erstattung der Jagdpacht-Zinsen. Freiburg (Iid). Die Maßnahme des Landesjagdbeirates, zunächst zwei Drittel der von den Franzosen bezahlten Jagdpacht-Beträge an die berechtigten Gemeinden auszuschießen, wird vom Verband badischer Gemeinden in einem Schreiben an das badische Landwirtschaftsministerium als unzureichend bezeichnet.

41 Maschinen gehen an die CSR. Die Restitutions der französischen Zone. Freiburg i.Br. (Iid). 41 Maschinen und zehn Kraftfahrzeuge aus den drei Ländern des französischen Besatzungsgebietes werden an die Tschechoslowakei zurückgegeben.

Keine Nachfrage nach neuen Parteien. Heidelberg (Iwb). In Neckargemünd bei Heidelberg sollte eine Heidelberger Orts-

derzeitige Adresse. Der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf über die Aufhebung der Meldepflicht bei Fehlgeburten ist vom Plenum des Landtags noch nicht verabschiedet worden.

Neue Flaggenordnung der Bodenseeschiffe. Friedrichshafen (swk). Die revidierte internationale Flaggenordnung auf dem Bodensee trat jetzt in Kraft. Am Heck jedes Schiffes wird die Staatsflagge, am Bug werden die Farben des entsprechenden Landes oder Staates gehißt.

Jetzt Bodensee-Rhein-Tagesfahrten. Lindau (Iid). Als Neuerung im Sonderfahrtprogramm der Bodenseeschiffahrt findet im Sommer jeweils mittwochs von Lindau aus eine Bodensee-Rhein-Tagesfahrt statt.

Technik und Finanzierung. Technisch ist das Gesamt-Projekt bereits vollkommen durchgearbeitet. Es zielt bei rund 160 km Kanalstrecke insgesamt zwölf Wasserkraftwerke mit zusammen vier Milliarden Kilowatt Jahresleistung und eine ganze Reihe von Schleusen zwischen Basel und Konstanz vor.

Die Kriegsbeschädigten murren. Versorgungsgesetz hängt in den Amtsmaschinen. Freiburg (Iid). Die Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände Würt.-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden des Verbandes der Körperbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen (VdK) hat auf einer Sitzung in Tübingen verschiedene Entschlüsse gefaßt.

Um die Erstattung der Jagdpacht-Zinsen. Freiburg (Iid). Die Maßnahme des Landesjagdbeirates, zunächst zwei Drittel der von den Franzosen bezahlten Jagdpacht-Beträge an die berechtigten Gemeinden auszuschießen, wird vom Verband badischer Gemeinden in einem Schreiben an das badische Landwirtschaftsministerium als unzureichend bezeichnet.

41 Maschinen gehen an die CSR. Die Restitutions der französischen Zone. Freiburg i.Br. (Iid). 41 Maschinen und zehn Kraftfahrzeuge aus den drei Ländern des französischen Besatzungsgebietes werden an die Tschechoslowakei zurückgegeben.

Keine Nachfrage nach neuen Parteien. Heidelberg (Iwb). In Neckargemünd bei Heidelberg sollte eine Heidelberger Orts-

die sogenannte 'Dreiländerfahrt' in die Brezger Bucht und am Schweizer Bodenseeufer entlang bis Arbon und zurück.

Widerstand gegen Rheinfall-Kraftwerk. Schaffhausen (Iid). Der Widerstand weiter Schweizer Kreise gegen das Projekt eines Kraftwerkes bei Rheinfall, das die Schönheit der Rheinfall-Landschaft beeinträchtigen könnte, versteift sich.

Zus den Nachbarländern. Gegen Erhöhung der Altbauimieten. Landtagsausschuß lehnt Anträge ab. Stuttgart (Iwb). Im Wirtschaftsausschuß des württemberg-badischen Landtags wurden zwei Anträge abgelehnt, die die beabsichtigte Erhöhung der Altbauimieten zum Gegenstand hatten.

Notizen in Kürze mit Würze. Spaghetti mit Politik. Die Konsumgenossenschaften in Potsdam haben ihre Angestellten angewiesen, in den Geschäften nicht nur über Preis und Beschaffenheit der Waren, sondern auch über politische Fragen mit ihren Kunden zu sprechen.

Hemden ohne Rücken. Ein Dieb brach den Kraftwagen eines Kaufmanns in Chicago auf und stahl 67 Hemden im Werte von 1400 Dollar. Der Dieb hatte aber hinterher an seiner Beute wohl kaum Freude.

Wenn der Löwe nicht will... Im zoologischen Garten von Bloemfontein in Südafrika sollte ein Löwe aus dem Transportkäfig in den Zwinger gebracht werden.

Guter Rat für Gastronomen. In Morphet in Australien drängte sich an einem Sonntagabend die männliche Jugend in beängstigender Weise in ein Tanzlokal.

Afrika schreit nach Scherzartikeln. Fast durch Zufall hat sich die schwer ringende britische Exportindustrie einen neuen Absatzmarkt erschlossen, als festgestellt wurde, daß an der Goldküste Bedarf an Scherzartikeln besteht.

Sie fing ihren Ehemann. In einem Dorf bei Grafenau in Niederbayern ärgerte sich eine Hausfrau, daß ihr täglich die Mäuse Backwerk aus der Speisekammer stahlen.

Friedensliebe mit dem Stuhlbein. Der 25jährige Neger Jack Hillie desertierte von einer Einheit in Frankfurt am Main in die Ostzone.

Keine Nachfrage nach neuen Parteien. Heidelberg (Iwb). In Neckargemünd bei Heidelberg sollte eine Heidelberger Orts-

Schifffahrt bis vor die Tore der Alpen

Handelskammern von sieben Ländern fordern Bodensee-Schifffahrt

Von den Industrie- und Handelskammern von Deutschland, Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Österreich und der Schweiz wird die Inangriffnahme dieses Riesensprojektes gefordert, dessen Kosten auf mindestens 300 Millionen Schweizerfranken veranschlagt werden.

der Einmündung des oberen Hochrheins in den Bodensee vor. Dieses Einzelprojekt ist charakteristisch für die Bedeutung, die man in Österreich dem ganzen Plan beimißt.

Technisch ist das Gesamt-Projekt bereits vollkommen durchgearbeitet. Es zielt bei rund 160 km Kanalstrecke insgesamt zwölf Wasserkraftwerke mit zusammen vier Milliarden Kilowatt Jahresleistung und eine ganze Reihe von Schleusen zwischen Basel und Konstanz vor.

Der Zug zum 'Vater Rhein'. Die Handelskammer des Kantons Thurgau befaßte sich mit den Einwänden der schweizerischen Bundesbahnen gegen das Projekt und erklärte, die Kanalisierung des Hochrheins sei das beste Mittel für eine allgemeine wirtschaftliche Entfaltung der drei Bodensee-Anliegerstaaten.

Die Kriegsbeschädigten murren

Versorgungsgesetz hängt in den Amtsmaschinen

Freiburg (Iid). Die Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände Würt.-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden des Verbandes der Körperbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen (VdK) hat auf einer Sitzung in Tübingen verschiedene Entschlüsse gefaßt.

worden seien. Die französischen Behörden hätten sich erst nach langjährigen Verhandlungen zu dieser Rückführung, die auf Grund des internationalen Brüsseler Restitutionsabkommens erfolgen müsse, entschlossen.

Von den Restitutions in Rheinland-Pfalz werden sechs Firmen betroffen, bei denen die Rückgabe der angeforderten Maschinen in den nächsten Tagen erfolgen soll.

In einer neuen Erklärung weist der Landesverband Baden des VdK die Antwort des Versorgungsamtes Freiburg auf den Protest der Kriegsbeschädigten gegen die Praxis bei der Umberentung auf das Bundesversorgungsgesetz zurück.

Um die Erstattung der Jagdpacht-Zinsen. Freiburg (Iid). Die Maßnahme des Landesjagdbeirates, zunächst zwei Drittel der von den Franzosen bezahlten Jagdpacht-Beträge an die berechtigten Gemeinden auszuschießen, wird vom Verband badischer Gemeinden in einem Schreiben an das badische Landwirtschaftsministerium als unzureichend bezeichnet.

41 Maschinen gehen an die CSR. Die Restitutions der französischen Zone. Freiburg i.Br. (Iid). 41 Maschinen und zehn Kraftfahrzeuge aus den drei Ländern des französischen Besatzungsgebietes werden an die Tschechoslowakei zurückgegeben.

Keine Nachfrage nach neuen Parteien. Heidelberg (Iwb). In Neckargemünd bei Heidelberg sollte eine Heidelberger Orts-

Blitzlichter AUS ALLER WELT



Die Ruine des Reichstagsgebäudes besichtigte der Berlin-Ausschuß des Bundestages. Ein Wiederaufbau ist fraglich



Empfang bei den Protokollchefs von Bonn und Petersberg
V. l. n. r.: Der kanadische Konsul, der deutsche Protokollchef von Herwarth, Hessens Ministerpräsident Zinn, Nuntius Muench, der türkische Konsul und HICOG-Protokollchef Schott



Der Nachfolger Auerbachs wurde Dr. Zradlek (SPD), bisher Oberregierungsrat am Nürnberger Finanzamt



Wegen Papstbeleidigung ins Gefängnis mußte die hübsche Italienerin Laura Diaz, eine kommunistische Abgeordnete



Eine blaue Perser-Katze von reinstem Adel feierte Triumphe auf einer großen Katzenschau in Zürich



„Füllt mir die Tasche mit Geld!“ rief dieser 29jährige Däne in einer Kopenhagener Bank und schoss dann zwei Beamte nieder



Ein „Staatsakt“ der „Radikalen Mitte“ war die Hisung der Werner-Finck-Flagge mit der Sicherheitsnadel



Sehr unsanft geweckt wurden die Bewohner eines Hauses in Rheine (Westfalen). Am frühen Morgen fuhr ein schwerer Fernlastzug in den zu ebener Erde gelegenen Friseursalon. Die Insassen des Wagens kamen mit dem Schrecken davon



Bundespräsident Heuss besuchte die Reichswerke Salzgitter
In seiner Begleitung befanden sich Oberbürgermeister Hoock und der niedersächsische Innenminister Borowski. Unser Bild zeigt den Bundespräsidenten auf der Grube Hacerlehweise



Beinahe wäre es schiefgegangen als ein Bordflugzeug eines US-Flugzeugträgers beim Landen ausbrach und an der Reeling hängenblieb. Der Unfall verlief aber glimpflich, denn der Pilot wurde durch einen Hubschrauber aus seiner ungewöhnlichen Lage befreit



Überraschende argentinische Atomforschungen
In Buenos Aires gab Prof. Ronald Richter die Erfolge seiner Atomversuche bekannt. Unser Bild: Prof. Richter (Zweiter von rechts) informiert Staatspräsident Peron (ganz rechts)



Beide wollen Göring das Gift geliefert haben
Links: Der österreichische Journalist Peter Martin Bleibtreu, Rechts: Von dem Bach-Zelenski, General der Waffen-SS, beim Empfang der ersten Kommunion nach seiner Konversion
Bilder: dpa